

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/212

3. November 1972

Bundesbank nutzte ihre Chance

Wiedergewinnung des Antiinflationsspielraums

Von Dipl. Ing. Hans-Jürgen Junghans
Mitglied des Ständigen Ausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen

Innere Pressefreiheit durch Zwang ?

Appell an Journalisten und Verleger-Verbände

Von Heinz Ruhnau

Innensenator der Freien und Hansestadt
Hamburg und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Teures Bier für den 19. November

Ein Vorgang für die Kartellämter

Seite 5 / 41 Zeilen

Ein Mann kämpft gegen sich selbst

Seite 6 / 22 Zeilen

Der Wahlkampf wird zuviel für die CDU

Seite 6 / 23 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 28 37 30
Telex: 500 848 / 600 647/
528 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Bundesbank nutzte ihre Chance

Wiedergewinnung des Antiinflationsspielraums

Von Dipl. Ing. Hans-Jürgen Junghans

Mitglied des Ständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Unmittelbar nach der Luxemburger Konferenz der EWG-Wirtschaftsminister hat die Deutsche Bundesbank den Diskontsatz um ein halbes Prozent und den Lombardsatz um eins vH. erhöht. Es war die zweite Erhöhung innerhalb von vier Wochen. Der Diskontsatz liegt nun bei vier vH., der Lombardzins bei sechs vH. Ein zweites Mal ist die Erhöhung des Lombardsatzes doppelt so stark ausgefallen wie die des Diskonts.

Beide Maßnahmen gehören zum klassischen Repertoire der Notenbanken. Sie gehören nicht zu den Instrumenten, um die die Luxemburger Konferenz den Werkzeugkasten der Notenbanken erweitert sehen möchte, um ihnen eine Handhabe zu geben, die Zinsen und Kredite in den Partnerstaaten noch umfassender beeinflussen zu können. Beide Maßnahmen liegen aber auf der Linie der Beschlüsse der Luxemburger Ministerkonferenz. Daß am gleichen Tage auch Frankreich der Kreditausweitung im eigenen Lande energisch entgegentrat, (Diskont 6,5 vH., Lombardsatz 7,25 vH.) unterstreicht, daß es den Regierungen des gemeinsamen Marktes mit der Einengung des Kreditspielraums in ihren Ländern ernst ist. Ein wichtiger Inflationfaktor ist damit auf übernationaler Ebene energisch angegangen worden. Verständlicherweise werden sich jene europäischen Staaten, die mit Beschäftigungsproblemen bei sich zu Hause zu kämpfen haben auch in Zukunft vermutlich noch graduell unterschiedlich in ihrer Kreditpolitik verhalten.

Für die Bundesrepublik können wir sagen: Das kreditpolitische Instrumentarium der Bundesbank zieht wieder. Diese Feststellung gilt, seit der Dollarstrom versiegt ist, was nicht zuletzt auf die konsequente Anwendung und durchgreifende Wirkung des Bardepotgesetzes und des § 23 Außenwirtschaftsgesetz zurückzuführen ist.

Wir erinnern uns: Das Bardepotgesetz vom 28. Dezember 1971 ermächtigt die Bundesregierung, eine Depotpflicht für bestimmte

Kreditaufnahmen deutscher Unternehmer im Ausland festzusetzen. Gegenwärtig müssen 50 vH. der Kreditsumme bei der Bundesbank zinslos stillgelegt werden. Die Anwendung einer der Bestimmungen des § 23 Außenwirtschaftsgesetz erfolgt seit der Pfundkrise im Juni 1972 und unterwirft den Verkauf von festverzinslichen deutschen Wertpapieren an Ausländer der Genehmigungspflicht durch die Bundesbank.

Durch die Abschirmung der außenpolitischen Flanke hat die Bundesbank ihren geldpolitischen Spielraum wiedergewonnen. Sie nutzt ihn nun. Manche Branchen und Unternehmen werden ihn schon bald schmerzlich zu spüren bekommen. Schon die letzten Diskont- und Lombardsatzerhöhungen sind, wie man hört, nicht ohne Wirkung geblieben. Stabilität kann nicht über einen Nulltarif zurückgewonnen werden.

Besonders augenfällig ist die überproportionale Erhöhung des Lombardsatzes. Es ist zu vermuten, daß daraufhin die Banken kaum mehr in der Lage sein werden, Geldmarktgeschäfte über die Verpfändung von Wertpapieren zu finanzieren. Gerade diese Kreditmöglichkeiten aber war von den Banken in der letzten Zeit stärker als früher beansprucht worden. Die nach wie vor übermäßige Ausweitung der Geldmenge und der Kreditnachfrage wird durch diese Zinserhöhung gedrosselt werden. Von dieser Seite her wird das Preisniveau auf mittlere Sicht nicht unberührt bleiben. Eine unmittelbare Auswirkung auf das Preisniveau freilich dürfen wir uns nicht über Nacht versprechen.

Die letzte Diskonterhöhung Anfang Oktober war dem Sparer bisher nicht zugute gekommen. Es ist zu vermuten, daß den in der Bundesrepublik kontinuierlich steigenden Spareinlagen nunmehr auch eine Gutschrift präsentiert wird. Dieser Aspekt ist erfreulich, wird sich doch die Schere zwischen Preisanstieg und Zinsgutschrift weiter schließen.

(-/3.11.1972/ks/ex)

Innere Pressefreiheit durch Zwang ?

Appell an Journalisten und Verleger-Verbände

Von Heinz Ruhnau

Innensenator der Freien und Hansestadt
Hamburg und Mitglied des SPD-Vorstandes

Der Pressekonzentration hat - wie jeder andere Konzentrationsprozeß auch - die Frage aufgeworfen, wie man einen möglichen Mißbrauch der entstehenden Macht verhindern kann. Wie die Erfahrung auch in anderen Ländern zeigt, ist es sehr schwierig, der Pressekonzentration und der damit verbundenen publizistischen Macht von außen entgegenzuwirken. Es stellt sich also die Frage, ob nicht - wenn man die These zugrunde legt: "Macht begrenzt sich am besten durch Gegenmacht" - auch die Macht der Verleger am besten durch die Schaffung von Gegenmacht innerhalb eines Verlages begrenzt werden kann.

Diese Gegenmacht kann entstehen durch eine Stärkung der Stellung der Redaktion mit dem Ziel, daß niemand ohne den anderen eine Zeitung herstellen kann, der Verleger nicht ohne die Redaktion, die Redaktion nicht ohne den Verleger.

Die Tatsache, daß es heute in vielen Teilen unseres Landes nur noch eine, allenfalls zwei Zeitungen gibt, ist für die Mobilität des Journalisten und damit für seine Unabhängigkeit von erheblicher Bedeutung. Hier liegt sicher auch ein Teil der Gründe für die zunehmende Schwierigkeit, qualifizierte Nachwuchs-Bewerber für den Journalisten-Beruf zu finden.

Seit drei Jahren gibt es Verhandlungen zwischen den Berufsvertretungen der Journalisten und dem Bundesverband der Zeitungsverleger über einen Vertrag zur Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Redaktion und Verlag. Übereinstimmung herrscht zwischen den Verhandlungspartnern, daß die publizistische Grundhaltung einer Zeitung vom Verleger schriftlich festgelegt werden muß, in deren Rahmen die Redaktion dann eine Kompetenz des Details hat. Das ist zu begrüßen.

Uneinig ist man in der Frage, was passieren soll, wenn

plötzlich ein völlig neues Grundsatzproblem auftaucht, das - als der Verleger die grundsätzliche publizistische Haltung der Zeitung festlegte - noch nicht bestand. Wer soll nun darüber entscheiden, welchen Rahmen die Zeitung diesem neuen grundsätzlichen Problem geben soll? Aus diesen Fragen entwickelten die Verleger ihre Forderung nach der sog. Richtlinienkompetenz. Neu auftretende Fragen von grundsätzlicher Bedeutung sollen danach durch den Verleger allein festgelegt werden. Die Journalisten befürchten zu Recht, daß eine so extensive Auslegung der Richtlinienkompetenz im Grunde ihre Position unterlaufen kann.

Dieser Streit wird kaum in Verhandlungen beizulegen sein. Denn man kann weder in Gesetzen noch in Verträgen alle möglichen Entwicklungen der nächsten Jahre festhalten. Es gibt zwei Auswege:

1/ Den Vertrag zunächst für einen überschaubaren Zeitraum z.B. auf drei Jahre, abzuschließen; 2/ ein Schiedsgericht zu vereinbaren, das bei einem strittigen Einzelfall verbindlich entscheidet, ob es sich um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung handelt, die entsprechend der prinzipiellen Vereinbarungen durch die Richtlinienkompetenz des Verlegers entschieden werden sollte.

Die Verhandlungspartner streiten auch über die Forderung der Redakteure auf eine größere personelle Mitbestimmung. Der Grund für diese Forderung liegt auf der Hand: Man kann die grundsätzliche Haltung einer Zeitung nicht nur durch die Änderung der schriftlich festgelegten Prinzipien verschieben, sondern auch dadurch, daß nur Redakteure mit einer ganz bestimmten Grundhaltung eingestellt und andere, die diese Grundhaltung nicht haben, aus der Redaktion entlassen werden. Wenn die Verleger diese Forderung mit dem Schlagwort "Vergesellschaftung" oder "Einschränkung der Pressefreiheit" ablehnen, so werden sie dem Problem nicht gerecht. Man muß sich aber auch davor hüten, von der Unabhängigkeit Wunderdinge zu erwarten.

Es wäre sehr zu bedauern, wenn das Gespräch zwischen Verlegern und Journalisten scheitern würde, weil dann im Presserechtsrahmengesetz eine Regelung über die Kompetenz von Verlag und Redaktion geschaffen werden müßte. Ob diese besser ist als ein freiwillig vereinbarter Vertrag, kann man zumindest bezweifeln. Je mehr gesetzliche Regelungen im Pressewesen notwendig werden, desto größer wird die Gefahr, daß die Eigenverantwortung abgebaut wird. Eine freiwillige Übereinkunft zwischen Verlegern und Berufsverbänden hätte zudem eine solidere Basis bei den Beteiligten selbst.

Es wäre deshalb gut, wenn die Sozialpartner ihre Verhandlungen bald wieder aufnehmen würden, und zwar mit der ernsthaften Absicht, zu einem tragbaren Kompromiß für beide Seiten zu gelangen. Vielleicht wäre es auch gar nicht falsch, einen solchen Versuch unter der Vorsitz eines unparteiischen Dritten zu unternehmen.

(-/3.11.1972/ks/ex)

Teures Bier für den 19. November

Ein Vorgang für die Kartellämter

Auf den Bierverbraucher von Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik, kommen Ärger und Verdruß zu. Viele Biertrinker im Bonner Raum haben ihn schon heute, denn sie müssen seit Donnerstag dieser Woche für ein Glas Bier fünf und für eine Flasche Bier zehn Pfennige mehr bezahlen. Sie sind Opfer eines aus durchsichtigen Gründen vollzogenen Preiskomplots mächtiger Brauereiherrn, die nach Generalstabsarbeit vorgehen und bis zum 19. November, dem Tag der Bundestagswahlen, den Bierpreis je Hektoliter um zehn bis 12 DM erhöhen wollen. Den Anfang haben schon einige Brauereien in Essen gemacht. Dies wäre innerhalb von drei Jahren die vierte Bierpreiserhöhung in Nordrhein-Westfalen.

Warum sich diese Brauereiherrn dazu entschlossen haben? Ökonomische Gründe können für die neueste Bierpreiserhöhung nicht angeführt werden. Immerhin ist es gelungen, erhöhte Kosten durch Rationalisierungsmaßnahmen aufzufangen. Die Bierbrauereien werfen für ihre Aktionäre im Durchschnitt noch eine üppige Dividende von 20 vH. ab. Sie haben sich also über Mangel an Gewinn nicht zu beklagen. Einer der Initiatoren, die den Gastwirten die Preiserhöhung empfahlen, hat laut "Frankfurter Rundschau" vom 2. November offenherzig die wahren Gründe für die ungerechtfertigte Bierpreiserhöhung genannt. Nach seinen Worten "erwarten die Brauereien einen Wahlsieg der CDU/CSU, und wollen daher eine neue CDU/CSU-Regierung nicht mit Preiserhöhungen belasten".

Dieses offene Eingeständnis spricht für sich. Deshalb mußte also die Preiserhöhung stufenweise noch vor dem 19. November erfolgen, um durch sie die Regierung der sozialliberalen Koalition in Schwierigkeiten zu bringen. Diese "Aktion Wahlhilfe" westdeutscher Brauereien grenzt fast an einen Skandal und fordert den öffentlichen Protest heraus. Wissen diese Unternehmer, daß sie durch ihr Vorgehen die freie Marktwirtschaft mehr in Mißkredit bringen als es durch das Gerede linker Sektierer geschehen kann?

Hier liegen politisch begründete Absprachen vor. Dies ist auch ein Fall, mit dem sich, nach dem Landeskartellamt von NRW, auch das Bundeskartellamt in Berlin zu befassen hat.

Was aber sagen die Unions-Parteien dazu? Wo bleibt ihr Beitrag zur Bekämpfung willkürlicher Preistreiberei? Schweigen sie dazu, weil diese Aktion von Wahlhilfe ihnen so gut gelegen kommt?
(ex/3.11.1972/hgy/ex)

+ + +

Ein Mann kämpft gegen sich selbst

Ungezügelt, undiszipliniert, hämisch grinsend: Das Fernseh-
bild des Franz Josef Strauß ist für Millionen Zuschauer und Zu-
hörer ein immer neuer Schock. Das Fernsehpublikum, durch die
Fülle politischer Wahlkampfsendungen sowieso allergisch gewor-
den, starrt mit zunehmender Entgeisterung auf diese Exhibition
eines Mannes, dessen Bild bisher schon von der Parteien Gunst
und Abneigung hin- und hergerissen war. Jetzt aber zeichnet
sich ein Unbehagen ab, das sich in raschem Tempo zur Ablehnung
steigert.

Das Abenteuerliche an diesem Vorgang ist, daß der Mann, der
als CSU-Vorsitzender agiert, an dieser Abwertung seiner eigenen
Person und seines eigenen Images pausenlos heftig und hastig
selbst mitarbeitet. Der bald vollends runde und nahezu halslose
Kopf, das schwitzende Gesicht mit den allzu listigen Augen, die
unmögliche Frisur, das Stakkato seines Redesturzbaches, die Flut
der Gegnerbeschimpfungen, die früher einmal vielleicht spaßig
gewesen sein mögen, heute aber nur noch anwidern: Man könnte
einen subtil angelegten Plan vermuten, der der zielbewußten
Selbsterstörung dienen soll.

Der Vorgang ist exemplarisch, und sein Ablauf erregend. Ein
nagelneues CDU-Wahlplakat behauptet: "Black is beautiful". An
Strauß hat dabei sicher keiner gedacht. (ee/3.11.1972/bgy/ee)

+ + +

Der Wahlkampf wird zuviel für die CDU

Es wird für die CDU allerhöchste Zeit, daß der Wahlkampf sei-
nem Ende zugeht. Die Zahl der selbstentlarvenden Äußerungen wie
die des Ex-Bundeskanzlers Dr. h.c. Kurt Georg Kiesinger in Kuten-
holz im Kreise Städe lassen den Zweifel an der Seriosität der
"Union"-Prominenz zur Gewißheit werden. Gemeint ist nicht nur die
unhumane "Brotkrumen"-Schnöddrigkeit von den "paar Bräuten", die
aus der DDR ausreisen dürfen: Kann man sich eine größere Schähbige-
keit vorstellen als diese hochnäsige Menschenverachtung eines saturier-
ten Wohlstandsbürgers?

Gemeint ist vor allem auch das Zurückfallen der CDU in die
Kalte Kriegs-Zeit des Jahres 1953. Damals klebte die "Union" Wahl-
plakate "Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau!", die die
Sowjets als Kingkong-Ungeheuer zeigten. Heute schreit Kiesinger
in den Kutenholzer Versammlungssaal, daß durch die Tür, die die
Bundesregierung nach Osten aufrechtzuerhalten versuche, "eines-
Tages der Russe mit einer riesigen Faust zuschlagen" würde.

Bis zur Stunde hat sich die CDU nicht von Kiesinger distanzier-
t. Er hat also in Kutenholz für die CDU gesprochen. Es ist allerhöch-
ste Zeit für die CDU, daß der Wahlkampf seinem Ende zugeht.

(ee/3.11.1972/bgy/ee)

+ + +